

- Impressum
- Mitmachen

Ressorts

Contergan Betroffene erhalten 120 Millionen Euro



MONTAG, 04 FEBRUAR 2013

Die Regierungskoalition hat sich im Koalitionsausschuss darauf geeinigt, 120 Millionen Euro für die Versorgung von Contergangeschädigten bereitzustellen. Eine Anhörung im Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend befasste sich am Freitag mit den Ergebnissen der Längsschnittstudie des Instituts für Gerontologie der Universität Heidelberg über die Lebenssituation Contergangeschädigter. Dazu erklärt der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe:

Artikel suchen



„Ich begrüße, dass die Bundesregierung massiv und schnell den Contergangeschädigten hilft. Offensichtlich ist man bereit, die Contergan-Renten deutlich zu erhöhen und sogar zu vervielfachen. Der gestrige Beschluss macht deutlich, dass die Bundesregierung die Situation der betroffenen Menschen sehr ernst nimmt und nicht auf Zeit spielt, sondern sofort helfen will. Wichtig ist, dass die Hilfen nun unbürokratisch gewährt werden.

Der gerade fertiggestellte Forschungsbericht, der von einer großen Mehrheit der Bundestagsfraktionen in Auftrag gegeben worden war, zeigt sehr deutlich, dass die Betroffenen wesentlich stärkere Folgeschäden haben, als bisher angenommen.

Das Leben der Betroffenen ist durch die Folgen von [Contergan](#) immer mehr eingeschränkt, je älter sie werden. Daher muss der Bundestag nach der Anhörung die nötigen Schritte unternehmen und die zusätzliche Unterstützung auf den Weg bringen.

Die Betroffenen benötigen einen Ausgleich für den Einkommensausfall, denn viele konnten nie berufstätig sein oder nur Teilzeit arbeiten. Auch brauchen sie bessere medizinische und therapeutische Versorgung und Rehabilitationsleistungen sowie eine zahnärztliche und kieferchirurgische Behandlung. Mit zunehmendem Alter werden contergangeschädigte Menschen immer häufiger auf Pflege und Unterstützung angewiesen sein.“

Die Studie des Instituts für Gerontologie der Universität Heidelberg finden Sie hier: [Studie des Instituts für Gerontologie der Universität Heidelberg \(PDF/4MB\)](#)

QUELLE: BEAUFTRAGTER DER BUNDESREGIERUNG FÜR DIE BELANGE BEHINDERTER MENSCHEN